



öffentlich

Betreff:

Einrichtung eines Gedenkortes für den Volksaufstand vom 17. Juni 1953

Einreicher: Stadtverordneter Chaled-Uwe Said, AfD Fraktion	Erstellungsdatum	07.07.2020
	Eingang 502:	

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
19.08.2020	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die Möglichkeiten und Voraussetzungen (u.a. Eigentumsrechte) für die Einrichtung eines würdigen Erinnerungsortes zum Gedenken an den Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 in der Friedrich-Engels-Str. 79 vor der Mauer des ehemaligen RAW zu prüfen und die finanziellen Auswirkungen aufzuzeigen.

Die Prüfung schließt die Erkundung ein, ob der Erinnerungsort aus städtischen Mitteln finanziert werden kann. Über das Ergebnis ist die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung im November 2020 zu informieren.

gez.

Fraktionsvorsitzender Chaled-Uwe Said

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgebblätter beifügen

Begründung:

Das städtische Erinnerungskonzept von 2014 umfasst bisher nicht alle wesentlichen, bedeutsamen historischen Ereignisse der Potsdamer Stadtgeschichte.

In der 40jährigen Geschichte der DDR und mithin Potsdam, gehört der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 zweifellos dazu.

Der Volksaufstand, der sich gegen die kommunistische Gewaltherrschaft richtete und sich auf dem gesamten Gebiet der DDR in Streiks, Demonstrationen und anschließenden Verhaftungen bis hin zu Erschießungen äußerte, führte auch in der damaligen Bezirkshauptstadt Potsdam am 18.6.1953 zu Arbeitsniederlegungen.

Insbesondere im Reichsbahnausbesserungswerk in der Friedrich-Engels-Straße, im Lokomotivwerk „Karl Marx“ (ehem. Orenstein & Koppel), Babelsberg, oder bei den Verkehrsbetrieben, wurde aus Protest gegen den Unrechtsstaat die Arbeit niedergelegt.

Bis heute gibt es im Stadtgebiet keinen adäquaten Erinnerungsort für diejenigen mutigen Potsdamer und Potsdamerinnen, die trotz der sowjetischen Militärpräsenz in der Stadt, für freie Wahlen, Demokratie und ein Ende der SED-Einparteiherrschaft eintraten.

Es gilt zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen ein würdiger und für die Öffentlichkeit sichtbarer Erinnerungsort am authentischen Ort geschaffen werden kann und mit welchen finanziellen Auswirkungen das verbunden ist.



- Änderungsantrag
 Ergänzungsantrag
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

20/SVV/0720

öffentlich

Einreicher: AfD-Stadtfraktion

Betreff: Einrichtung eines Gedenkortes für den Volksaufstand vom 17. Juni 1953

Erstellungsdatum 18.08.2020

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
19.08.2020	Stadtverordnetenversammlung		x

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die Möglichkeiten und Voraussetzungen (u.a. Eigentumsrechte) für die Einrichtung eines würdigen Erinnerungsortes zum Gedenken an den Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 in der Friedrich-Engels-Str. 79 vor der Mauer des ehemaligen RAW zu prüfen und die finanziellen Auswirkungen aufzuzeigen.

Die Prüfung schließt die Erkundung ein, ob der Erinnerungsort aus städtischen Mitteln finanziert werden kann. Über das Ergebnis ist die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung im November 2020 zu informieren.

Begründung:

Das städtische Erinnerungskonzept von 2014 umfasst bisher nicht alle wesentlichen, bedeutsamen historischen Ereignisse der Potsdamer Stadtgeschichte.

In der 40jährigen Geschichte der DDR und mithin Potsdam, gehört der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 zweifellos dazu.

Der Volksaufstand, der sich gegen die kommunistische Gewaltherrschaft richtete und sich auf dem gesamten Gebiet der DDR in Streiks, Demonstrationen und anschließenden Verhaftungen bis hin zu Erschießungen äußerte, führte auch in der damaligen Bezirkshauptstadt Potsdam am 18.6.1953 zu Arbeitsniederlegungen.

Insbesondere im Reichsbahnausbesserungswerk in der Friedrich-Engels-Straße, im Lokomotivwerk „Karl Marx“ (ehem. Orenstein & Koppel), Babelsberg, oder bei den Verkehrsbetrieben, wurde aus Protest gegen den Unrechtsstaat die Arbeit niedergelegt.

Bis heute gibt es im Stadtgebiet **öffentliches Straßenbild, an einem authentischen Ort des Aufstandsgeschehens**, keinen adäquaten Erinnerungsort für diejenigen mutigen Potsdamer und Potsdamerinnen, die trotz der sowjetischen Militärpräsenz in der Stadt, für freie Wahlen, Demokratie und ein Ende der SED-Einparteienherrschaft eintraten.

Es gilt zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen ein würdiger und für die Öffentlichkeit **ständig** sichtbarer **und zugänglicher** Erinnerungsort am authentischen Ort **des ehemaligen RAW** geschaffen werden kann und mit welchen finanziellen Auswirkungen das verbunden ist.

Unterschrift